

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Druck Frankreichs.

Keine Verhandlungen ohne Verzicht auf den passiven Widerstand.

Paris, 22. September. (CP.) Der Berliner Berichterstatter des „Peils Journal“ schreibt — und es scheint, als ob er von der französischen Botschaft in Berlin informiert sei —, der Reichskanzler Stresemann sei nicht mehr Herr seiner Presse und lasse daher seine eigenen Erklärungen dementieren. Alle Behauptungen, daß die deutsch-französischen Besprechungen fortwährend, seien unbegründet. Der Korrespondent erklärt in kategorischer Weise, versichern zu können, daß die Vertreter Frankreichs den offiziellen Auftrag erhielten, keinerlei Besprechungen mit dem Reichskanzler zu führen und auch keinerlei Dokumente entgegenzunehmen, solange der passive Widerstand andauere und die Regierung nicht alle Verordnungen zur Durchführung dieses Widerstandes zurückgezogen habe. Dem Reichskanzler sei dieser Standpunkt der französischen Regierung offiziell zur Kenntnis gebracht worden.

Stresemann für deutsch-französische Verständigung.

Kopenhagen, 22. September. (Mit.) Reichskanzler Dr. Stresemann hat dem Vertreter der „Nationaltidende“ in Berlin gegenüber sich zu Deutschlands gegenwärtiger und zukünftiger Lage geäußert. Der Reichskanzler erklärte, daß er für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich arbeite. Deutschland sei bereit, alle produktiven Pfänder zu geben, die ihm zur Verfügung ständen. Das endgültige Ziel sei, Deutschland zur Freiheit zu führen. Nach Deutschlands nächster Zukunft besorgt, erklärte der Reichskanzler, sie hänge von uns selbst ab. „Wir sind nicht so schlimm, wie man uns macht, fragen Sie die Franzosen und Engländer, die nun unsere Kolonien haben. Deutschland braucht sich seiner dortigen Politik nicht zu schämen. Wir sind ein zerrüttetes Land, ein bedrücktes Volk, aber kein zusammengebrochenes Volk. Ungebeugt, aber nicht gebrochen, warten wir der Zukunft.“

In den ersten Tagen der kommenden Woche werden in Berlin die Vertreter aller Bevölkerungs- und Interessenskreise der besetzten Gebiete, insbesondere auch des Ruhrgebiets, mit der Reichsregierung zu ersten Beratungen über die Frage der Beendigung des Ruhrkonflikts zusammentreten. Die Reichsregierung wird keine Entscheidung treffen, ohne das Einverständnis mit den Vertretern der besetzten Gebiete. Sie wird aber auch die Zustimmung der Vertreter der deutschen Staaten einholen. Es werden daher auch die Ministerpräsidenten der deutschen Einzelstaaten am Anfang der kommenden Woche in Berlin eintreffen.

An maßgebender Stelle ist man überzeugt, daß nicht nur in der ganzen Welt, sondern auch in Frankreich keine verantwortungsvolle Meinung nach einer anderen Richtung gehen kann als dahin, daß ohne die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die besetzten Gebiete, des normalen Rechtszustandes und der Arbeitsfreiheit eine Wiederkehr der vollen früheren produktiven Tätigkeit im Ruhrgebiet nicht möglich sein würde. So wird unter keinen Umständen die Entscheidung eine Kapitulation bedeuten, die das Rheinland und das Ruhrgebiet aufgeben würde.

Wie wir bereits ausgeführt haben, könnte auch ein befriedigender Vertragszustand nicht hergestellt werden, wenn Deutschland die Ueberzeugung gewinnen müßte, daß Frankreich auf eine Losrennung der besetzten Gebiete vom Deutschen Reich hinarbeite. Solche Absichten sind aber von der französischen Regierung und neuerdings auch vom General Degoutte entschieden bestritten worden. Es braucht deshalb die Hoffnung noch nicht aufgegeben zu werden, daß es zu einer Lösung des Ruhrkonflikts kommt.

Englischer Kabinettsrat.

Paris, 22. September. (Mit.) Der Londoner Berichterstatter des „Peils Parisien“ berichtet, Baldwin habe gestern kurz nach seiner Ankunft in London eine Unterredung mit Lord Curzon über das Ergebnis seiner Verhandlungen in Paris gehabt. Im Laufe dieser Unterhaltung sei der Zeitpunkt des Zusammentritts des Kabinetts bestimmt worden, das sich mit dem Reparationsproblem und mit dem englisch-französischen Abkommen zu beschäftigen haben würde.

Das Verlagen des Völkerbundes.

Die diesjährige Tagung des Völkerbundes bedeutet für die Verächter des Völkerbundes eine womöglich noch schmerzlichere Enttäuschung als die vorangegangenen Tagungen seit 1919. Allerdings begann sie unter einem sehr ungünstigen Zeichen: Der griechisch-italienische Konflikt, insbesondere die Befehung und Befestigung Korfu, hätte, wenn überhaupt noch eine internationale Angelegenheit dem Völkerbund unterstehen soll, dem Rat und der Vollversammlung zur schiedsrichterlichen Entscheidung unterbreitet werden müssen. Statt dessen hat man der expressen Drohung Mussolinis mit Austritt aus dem Völkerbund nachgegeben und der Botschafterkonferenz die Lösung dieses Konflikts überlassen. Dies bedeutet die schwerste moralische Kapitulation des Völkerbundes seit seinem Bestehen und wird auch als solche von allen Delegationen derjenigen Staaten empfunden, die diesmal nach Genf mit der festen Absicht gekommen waren, den Völkerbund seiner idealen Bestimmung als übernationalem Friedensinstrument endlich zuzuführen. Wieder einmal aber haben die Delegierten der kleinen neutralen Staaten, obwohl sie in diesem Jahre die volle Unterstützung Großbritan-

niens und der englischen Kolonien genossen, vor den entgegengelegten Bestrebungen Frankreichs und Italiens weichen müssen. Sie bognügen sich im Bewußtsein ihrer Machtlosigkeit mit schwächlichen, grundsätzlichen Protesten, die jedoch in so diplomatischen Formen gehalten sind, daß sie nur noch platonischen Charakter haben. Nur einmal ist es zu einem ernstlichen Zwischenfall gekommen, als der Vertreter der Mussolini-Regierung, Salandra, das Recht Italiens zur Ergreifung seiner „friedlichen“ Gegenmaßnahmen (die Befestigung und die Befestigung Korfu) aus den Beispielen herleitete, die andere Großmächte in früheren Zeiten gegeben hätten. Hier erhob sich Schwedens Vertreter, Genosse Branting, und erwiderte sehr scharf, daß, was vor der Gründung des Völkerbundes angeht, geflattet gewesen sein mag, jedenfalls nach der Errichtung des Völkerbundes nicht mehr als Präzedenzfall herangezogen werden dürfe. Inzwischen ist der griechisch-italienische Konflikt durch die Botschafterkonferenz beigelegt worden und man ist in Genf darüber übereingekommen, ihn dort nicht mehr zu besprechen.

Der Geist der Sabotage, der Frankreich in allen Fragen des Völkerbundes, die ihm un bequem sind, leitet, offenbarte sich wieder einmal am Mittwoch in der Abrüstungskommission. Diese hat nach vielen Kompromissen im Laufe des letzten Jahres einen Abrüstungsorschlag und einen gegenseitigen Garantiepakt ausgearbeitet, die der Vollversammlung unterbreitet werden sollen. Eine Bestimmung des Entwurfes, wonach auch Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, diesem Pakt beitreten könnten, wurde vom französischen Delegierten Lebrun angegriffen, der unter deutlicher Anspielung auf Deutschland sich dagegen wandte, daß Staaten, die ihre internationalen Verpflichtungen nicht erfüllen, den Schutz des Paktes genießen könnten. Also genau wie in der Frage von Korfu ließ sich das offizielle Frankreich dabei von der Sorge leiten, daß der Völkerbund eines Tages ihm in seiner imperialistisch-militaristischen Politik hinderlich werden könnte. Zur Ehre Frankreichs muß allerdings hervorgehoben werden, daß der französische Arbeiterdelegierte, Gen. Jouhaug, der als Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes dem Ausschuss angehört, sich gegen diese Idee des französischen Regierungsvertragers wandte und für die Untoerfälligkeit des Garantiepaktes energisch eintrat. Lebrun wurde lediglich vom polnischen Delegierten und von einigen Vertretern der kleinen Entente unterstützt und blieb bei der Abstimmung in der Minderheit. Unter Führung des Engländers Lord Robert Cecil lehnte die übergroße Mehrheit des Ausschusses die von Lebrun beantragte Streichung der erwähnten Bestimmung ab.

Die gleichen Hindernisse, allerdings mit größerem Erfolg, lehnte Frankreich einer Erweiterung der Reparationsfrage in Genf entgegen. Ein im zuständigen Ausschuss vom Delegierten Südafrikas Strakosch eingebrachter Antrag auf Eingreifen des Völkerbundes in die Reparationsfrage wurde nach kurzer Debatte zurückgezogen. Diesmal machte Frankreich die Laitsache geltend, daß direkte Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten bevorzugen und daß diese durch eine Debatte im Völkerbunde gestört werden könnten. In der gestrigen Vollsihung des Völkerbundes wurde bei der Debatte über den Tätigkeitsbericht des Rates die Reparationsfrage von dem Delegierten Norwegens (Ransen) und Dänemarks (Jahle) gestreift, die in bewegten Worten die Notwendigkeit einer baldigen Regelung dieses Problems hervorhoben, wenn nicht auch die neutralen Länder in schwerste Mißleidenschaft gezogen, die europäische Kultur und damit die ganze Einrichtung des Völkerbundes vernichtet werden sollen.

Man merkt es diesen neutralen Delegierten an, daß sie das Gefühl haben, dem Völkerbunde sei das Rückgrat durch seine Kapitulation in der Frage von Korfu gebrochen worden. Bedinglich die Hoffnung, die ganze Institution in eine bessere Zeit hinduzureiten, veranlaßt sie, sich dem Nachspruch der völkerbundsfeindlichen Großmächte zu fügen und denen keinen Vorwand zu geben, aus dem Bunde auszutreten und damit diese große Hoffnung der internationalen Demokratie nach so kurzer Zeit auf lange Jahre hinaus zu zerstören.

Börsenruhetag.

Neue Dollarsteigerung.

Schon im gestrigen Abenddevisenverkehr in Berlin hatte sich wiederum eine steigende Tendenz am Devisenmarkt fühlbar gemacht. Die Gründe dafür sind wohl an erster Stelle in der neuen Erhöhung der Eisenbahn, namentlich der Gütertarife zu suchen. Zum anderen Teil aber wirkt die Erleichterung des Geldmarktes, die seit gestern wieder zu bemerken ist, darauf hin, die Nachfragen nach Devisen zu verstärken. So heute in den gestrigen Abendstunden der Dollar einen Kurs von 175 Millionen erreicht und sehte mit dem gleichen Kurse im Früherverkehr heute ein. Im weiteren Verlauf kieg der Dollar bis auf 190 Millionen, um dann gegen 1 Uhr mit 180 Millionen gehandelt zu werden. Bis zu dieser Zeit war eine Intervention von seiten der Reichsbank bzw. von seiten des Finanzministeriums nicht erfolgt. Die Erleichterung des Geldmarktes und die steigenden Devisen werden unzweifelhaft dazu beitragen, daß die Montagbörsen wieder in festem Rahmen verkehrt. Aus den Kaufordern, die bis jetzt bei den Banken vorliegen, kann man jedenfalls darauf schließen, daß das Publikum mit größeren Käufen auf den Markt tritt. Natürlich ist es nicht unmöglich, daß bei irgendwelchen neuen Ueber-raschungen am Devisenmarkt diese Orders in letzter Stunde wieder zurückgenommen werden. Die Spekulation bleibt einflussreich zurückhaltend.

Waffengebrauch.

Von Polizeioberst Hermann Schühinger.

Die Währungskaustrophe der letzten Wochen und Monate hat unserm innerstaatlichen Gesellschaftsleben, in dessen Rahmen die Massen der Lohnarbeiter, der enteigneten Rentner und Kleinbürger um ihre nackte Existenz kämpfen, eine derartige Schärfe aufgedrückt, daß die Kollapsen, abgegeben von der republikanischen Schutzpolizei auf hungernde Menschen in Baden, in Sachsen, in Hessen und in der Lausitz, wie ein warnendes Gewittergrollen auf uns wirken mußten. Was soll aus der deutschen Republik werden, wenn in der Stunde der Not die Schutzpolizei der deutschen Länder, das untadeligste Machtinstrument des deutschen Volksstaates, nun außer der Fachaisten und dem aktivistischen Flügel der Kommunisten gefühlsmäßig auch noch die indifferenten Massen des darbanden Volkes gegen sich hat? Selbst eine gefühlsmäßige Ablehnung der staatlichen Exekutive durch das schaffende Volk aber könnte die Widerstandskraft der Republik aufs schwerste lähmen, da ja gerade unsere größte Stärke die innerliche Verbundenheit mit den Arbeitermassen bedeutet. So ist es nicht allein eine polizeitechnische, sondern eine politische Frage ersten Ranges, wie wir die Entfremdung der Schutzpolizei und der Arbeiterschaft durch un sinnige Massaker, deren Urheber nicht in beiden Lagern zu suchen sind, hintanhaltend können.

Und doch ist diese brennende Frage nicht durch politische Maßnahmen, etwa durch eine reichs- oder landesgesetzliche Neuordnung des Waffengebrauchsrechts der Polizei zu lösen, sondern nur durch erzieherische und polizei-taktische Vorbeugungsmittel. Das Recht des Waffengebrauchs der Polizei ist in den deutschen Ländern — von unweilentlichen Verschiederheiten abgesehen — ziemlich einheitlich festgelegt; in Preußen durch den Erlaß vom 4. Februar 1854 bzw. vom 21. Juli 1919; in Sachsen durch die Verordnung vom 17. Juni 1909 bzw. vom 15. Mai 1920. Uebereinstimmend wird dem Führer einer Polizeiabteilung die Erteilung des Feuerbefehls nach dreimaliger Ankündigung, dem einzelnen, von der Abteilung abgedrängten Beamten der Gebrauch der Schußwaffe zufolge des Notwehrparagrafen (§ 53 des Reichs-Strafgesetzbuchs) unter den üblichen Kautelen zugebilligt. Eine Revision dieser Bestimmungen auf verwaltungsrechtlichem Wege im Sinne einer Einschränkung des Gebrauchs der Schußwaffe dürfte uns kaum unlerem Ziel näher bringen; einem Polizeikommando, das mit tälligen Angriffen und mit der Entwaffnung bedroht wird — wie es bei den Vorkommnissen der letzten Wochen überall der Fall war — bleibt schließlich nichts anderes übrig, wie zum Karabiner zu greifen. Hier kann nur die Schaffung neuer Kampfmittel und die restlose Ausschöpfung aller Vorbeugungs- und Verhandlungsmöglichkeiten durch den Führer des Polizeikommandos Vinderung schaffen.

Zunächst gilt es von beiden Seiten, die letzten Reste alter Vorurteile über Bord zu werfen. Als Kenner der preußischen, hanseatischen, sächsischen und thüringischen Schutzpolizei kann ich den Parteigenossen in den Betrieben versichern: der Typ des „reaktionären“, blutdürstigen und arroganten Schutzpolizeioffiziers, der nur darauf brennt, Arbeiterblut zu vergießen, existiert nur mehr in den Köpfen von Leuten, die durch politische Hyfterie und durch Berufseid und Strebortum überhitzt sind — in Wirklichkeit ist er bei uns in Mittel- und Norddeutschland bis auf verschwindende Ausnahmen fast gestellt und beseitigt. Genau wie im Krieg ist nicht Haß oder Heldentum die Haupttriebfeder, welche die Gewehre entrichtet, sondern Angst um das eigene Leben und Noterzoffit unter dem Eindruck des Zusammenbruchs überreizter Menschen.

Auf der anderen Seite aber gilt es auch noch mit einheitlicher Einstellung im Sinne des militärischen und obrigkeitlichen „Preigestandpunktes“ restlos aufzuräumen. Das bedingungslose Anklammern an den erteilten Auftrag, das heroische Sterben in der Front, „wie das Geleß es befahl“, mag anike Heiden jieren; der Führer eines Polizeikommandos in der modernen Demokratie und vor allem in einem Arbeiterstaat muß in der Entwicklung der Geschehnisse drin stehen und die Kräfte finden, sein polizei-taktisches Ziel so oft zu ändern, als es im politischen und polizei-technischen Interesse erforderlich ist. Die Führung einer Polizeiabteilung in den Grubengebieten Westfalens, in den Webedörfern des Erzgebirges und der Lausitz erfordert eben soziales, politisches und polizei-technisches Geschick, das der englische Kolonialoffizier, wenn er gegen halb wilde Kaffernstämme marschiert nicht zu haben braucht. Ein vorzeitiges Feuerkommando eines nervösen Polizeioffiziers — und eine Landesregierung kann stürzen und vielleicht gar die Reichspolitik in ganz andere Bahnen leiten.

In einer Stadt wie Sorau ist durch das dreizehnhöpfige Todesopfer das Vertrauen zwischen Bevölkerung und staatlicher Exekutive auf Jahre hinaus erschüttert. In der sächsischen Hauptstadt hat der unbefonnene Schuß eines Polizeibeamten, der eine Schrecksalve der gesamten Abteilung auslöste, das Verhältnis zwischen Polizei und Arbeiterschaft bedauerlicherweise ernstlich getrübt. In Baden und in Hessen ist ein Haß gegen die Schutzpolizei aufgestammt, der uns noch einmal recht hinderlich sein kann, wenn es heißt, alle Kräfte zum Schuß der Republik zusammenzufassen.

Was können wir dagegen tun?

Zunächst die Polizei: Unsere Führer bis zum Hundertschafts- und Wachgruppenführer herab müssen vor dem Einsatz ihrer Abteilung restlos alle Mittel erschöpfen, um eine gewalttame Auseinandersetzung zu verhüten: Besprechung mit

den Vertretern der Betriebe, der Gewerkschaften, der Arbeitslosenverbände, Heranziehung eines „Ordnungsdienstes“ aus den Reihen der Arbeiterklasse, möglichst unsichtbare Unterbringung der Abteilung, um die durch Hunger, Kurzarbeit und Aussperrungen zermürbte Bevölkerung nicht unnötig zu reizen — und trotzdem rechtzeitiges Erscheinen an dem Punkt, wo die Polizei zur Verhinderung von Ungeheuerlichkeiten am Platze ist. Dazu gehört weiter ein wohlüberlegter, planmäßiger Einsatz. Je geschlossener die Polizei eingesetzt wird, je zeitiger sie bei Bedrohung ihrer Flanken, beim Wanken ihrer Front in eine günstige Sperrlinie zurückgezogen wird, desto leichter ist das Abdrängen einzelner Beamter und damit die Gefahr des vorzeitigen Waffengebrauchs zu vermeiden. Meist nimmt die Entwicklung denselben Gang. Der berühmte „erste Schuß“ fällt; von dem an ist niemals mehr festzustellen; und die Katastrophe ist da. Ich bin überzeugt, daß in den meisten Fällen in der Nervosität der leider meist hart bedrängten Beamten der „erste Schuß“ begründet liegt. Hier kann nur strengste Feuerdisziplin Unheil verhüten.

Dieser planmäßige Einsatz verlangt aber auch vom Führer die restlose Ausschöpfung aller Kampfmittel, bis er zum Gebrauch der Schusswaffe schreitet. In eine hungrige Volksmenge hineinschießen, kann jeder Esel. Hier zeigt sich erst die wahre Führungstechnik. Zusammenballen von Stoßtrupps zur Brechung des Widerstandes wie zum Wiederaufbau eingebauter und umfakter Sperrketten kann oft den Gebrauch der Schusswaffe erübrigen. Ferner brauchen wir Wassertraktoren für einen Teil unserer Polizei-Wasserkraftwagen, um mit der Wasserstrahlwaffe uns Bahn brechen zu können!

Letzten Endes ist die geistige Einstellung des Führers eines Polizeikommandos und seiner Beamten zur notleidenden Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung für die Lösung des Auftrags. Wenn der Wille da ist, dann findet man den Weg zu den gewerkschaftlichen und den politischen Führern des Volkes. Wie sehr die Arbeiterpresse, das gesprochene und geschriebene Wort der berufenen Führer des schaffenden Volkes, uns, der Polizei, den Weg bereiten kann — dafür haben wir in Sachsen genug lebendige Beispiele.

Die Erziehung der Polizeibeamten zur grenzenlosen Hingabe an das neue Vaterland, das schaffende Volk, hat uns schon gar manche schöne Früchte getragen. Eisene Kreuze hat der moderne Polizeiberuf ja keine zu vergeben, und doch ist er in seiner Mischung von Dulden und Handeln für die Volksgemeinschaft so dankbar für alle, denen unser Staat die Zukunft des deutschen Volkes bedeutet.

Kommunismus und Faschismus.

Den Worten nach sind die Kommunisten die entschiedensten Gegner der Faschisten, gegen die sie angeblich allein den Kampf führten. Wie dieser Kampf geführt wird, ergibt sich aus folgender Äußerung des sowjetrussischen Gesandten Nordanski in Rom, der, wie wir dem Brüsseler „Peuple“ entnehmen, in einer Unterredung mit Vertretern der italienischen Presse folgendes sagte:

„Ich betrachte den Faschismus nicht als persönliches Abenteuer oder Unternehmen einer Gruppe von Personen. Der Faschismus ist eine ernste und originelle Äußerung des nationalen Geistes, er bedeutet einen großen politischen und sozialen Versuch, der ernste und aufmerksame Beachtung verdient.“

So der offizielle Vertreter Sowjetrußlands im Lande Mussolini. Seine Worte sind keine zufällige Entgeißelung, sondern der Ausdruck der inneren Verwandtschaft zwischen Faschismus und Kommunismus. Der ehemalige radikale Sozialist Mussolini und die ehemaligen Sozialisten in der angeblich kommunistischen Sowjetregierung sind Brüder im Geiste und in der Praxis. Steht der eine an der Spitze der italienischen Konterrevolution mit offen ausgeprägtem kapitalistischen Charakter, so haben die anderen nach dem Zusammenbruch ihrer kindischen kommunistischen Experimente nach dem treffenden Worte Kautskys ihre eigene Konterrevolution gemacht. Jetzt finden sie sich zusammen in der gemeinsamen diktatorischen Unterdrückung der Arbeiterklasse, in der Vernich-

tung der Demokratie und der Förderung des Nationalismus. Terror, Diktatur und Nationalismus gehören zusammen — das zeigt auch die zunehmende Annäherung zwischen Radek und Reventlow, die das Bündnis zwischen Sowjetrußland und Halenkreuz symbolisiert.

Noch kein Pakt?

Warum wird Reventlow so empfindlich?

Im völkischen „Deutschen Tageblatt“ findet sich soeben die folgende merkwürdige Erklärung:

„In einer Sitzung in Neubrandenburg am Montag, den 17. September, hat Herr v. Bodungen vom Pommerschen Landbund erklärt, die Herren Graf Reventlow und Wulle von der Deutschvölkischen Freiheitspartei hätten mit den Kommunisten einen Pakt abgeschlossen und Vertretern des Pommerschen Landbundes gegenüber im Bureau der völkischen Abgeordneten in Berlin diese Tatsache zugegeben.“

Wir fordern Herrn v. Bodungen auf, in aller Offenlichkeit die Unterlagen für diese Behauptungen umgehend zu erbringen, widrigenfalls wir ihn für einen Verleumder erklären würden.

gez.: Graf Ernst zu Reventlow.

gez.: Reinhold Wulle.“

Wo ist die Verleumdung? Ist es nicht wahr, daß Ernst Reventlow ganz ernsthaft im „Reichswort“ und dann in der deutschvölkischen „Roten Fahne“ (Redaktion: Thalheimer) das Zusammengehen der Putschisten von rechts und links erörtert hat? Ist es nicht wahr, daß Radek und Frölich den gleichen Gedanken ebenso ernsthaft weitergesponnen haben und daß die ganze Weisheit in einer besonderen kommunistischen Broschüre veröffentlicht wurde?

Es scheint, man klammert sich nur an Worte. Der „Pakt“ ist vielleicht noch nicht ganz abgeschlossen, sondern noch in Vorbereitung. Dieweil beide Partizipanten sich überlegen, wie sie am besten den anderen übers Ohr hauen könnten, ob Sowjetkreuz oder Halenkreuz den Vorrang genießen sollte.

Patriotische Strategen.

Deutschnationale Antwort an den Kanzler.

Die mit allen Mitteln betriebene Hege der Deutschnationalen und Deutschvölkischen gegen die Außenpolitik der Reichsregierung hatte den Kanzler veranlaßt, der Rechtsopposition vier Fragen vorzulegen, wie sie sich denn die weitere Entwicklung vorstellt und welche Mittel sie vorschlägt, um Deutschlands weitere Entwicklung zu stützen. Es hat etwas lange gedauert, bis die Antwort kam. Aber jetzt hat man sie und hört staunend das Rezept der deutschnationalen Strategen. Sie beschweren sich erneut indirekt über die neuen Steuern und werfen die Frage auf: „Weshalb müssen die von der Reichsregierung an Frankreich angebotenen Goldzahlungen gerade für die Unterwerfung unter Frankreichs erneutes Diktat und weshalb sollen sie nicht für die Reuebelebung und endlich aktive Führung des Widerstandes verwendet werden?“

Was das beides heißen soll, ist etwas schwierig zu erraten. Zunächst doch wohl das, daß man dieser Regierung keine Goldzahlungen bewilligt, also unter dieser Regierung Steuern zu sabotieren gewissermaßen für patriotische Pflicht hält. Außer diesem, manchen Kreisen sehr einleuchtenden Zweck deutet man auch dunkel an, was unter „endlich aktiver Führung des Widerstandes“ zu verstehen ist:

„Besser als Bostauf von feindlicher Bedrückung ist doch die Befreiung durch Einsatz des eigenen Blutes und der eigenen Kraft der Seele und des Herzens.“

Die Erklärung versichert, daß dafür natürlich „Nationalliberale“ kein Organ hätten. Es ist möglich, daß in Deutschland außer einigen Heimstraßen deutschvölkischer Redaktionen auch noch August Thalheimer in der „Roten Fahne“ dafür Verständnis hat, und daß die Herrschaften beider Färbung gern bereit sind, wenn auch nicht gerade sich, so doch ihr jeweiliges Kanonensfutter zur Verfügung zu stellen. Ueber so naive Fragen wie „Machtmittel“ usw. ist man erhaben. Die Erklärung versichert, der Hochverratsparagraf verhindere die Nennung der Machtmittel. Ob sie

wenigstens vertraulich zu erfahren sind? Sehr groß scheinen sie nicht zu sein, denn deutschnationale Strategen sind nicht solche „Feiglinge“ wie die übrigen Zeitgenossen:

„Die Nationalliberale“, befangen in dem lächerlichen Überglauben an die große Zahl, wozu auch die übergroße Hochachtung vor der Technik gehört, weiß nicht, will nicht wissen, daß nicht Zahl und Technik, sondern das Herz in der Brust des Mannes die Entscheidung gibt. Wir deutschen Soldaten haben russische Massenstürme, englische und französische Massenangriffe erlebt und trotz unserer geringen Zahl, trotz Unterlegenheit an technischen Kampfmitteln abgeschlagen.“

Aus dieser militärischen, strategischen Erkenntnis heraus haben auch die Deutschnationalen „keine Angst“. Sie berichten uns vielmehr, daß auch „das Volk“ nur auf den „Willen des Führers zur Tat“ warte, um willig sein Leben einzusetzen. Man muß doch wohl solche Ratschläge als Aufforderung zum bewaffneten Widerstand, zum Banden- und Guerillakrieg oder ähnlichem auffassen. Wir wissen nicht, ob die Deutschnationalen die Ruhrbevölkerung bei der Aufstellung dieser ihrer geistvollen Pläne gefragt haben. Wir wissen nur, daß selbst in ihren eigenen Reihen — um in deutschnational-völkischer Tonart zu reden — die „Feigheit“ bereits weit fortgeschritten ist. Denn nicht nur die Staatsratsfraktion, sondern auch maßgebende Vertreter der deutschnationalen Reichstagsfraktion rücken von diesem Heldenblödsinn ab und erklären, daß bei der gegebenen Lage die Politik der Reichsregierung unterstützt werden muß. Die Biertischstrategie der jetzigen Erklärung kann jedenfalls von niemandem ernst genommen werden.

München, 22. September. (W.F.) Am letzten Mittwoch trat der Vorstand der Bayerischen Mittelpartei (deutschnationale) zu einer Sitzung zusammen, in der eine Aussprache über die Lage stattfand. In einer im Anschluß daran veröffentlichten Erklärung der Partei heißt es u. a., daß sich das „nationale Deutschland“ eine verschleierte Kapitulation nicht füßschweigend gefallen lassen dürfe.

Das Schicksal der Rheinlande.

Der Brüsseler „Soir“ veröffentlicht ein Internem mit General Degoutte, das eine sehr interessante Äußerung über die Frage des Verbleibs der Rheinlande enthält. „Soir“ legt dem General folgende Worte über die separatistische Bewegung in den Mund:

„Diese Frage ist für mich keine französische Frage, sie geht allein Deutschland an und ist eine Frage der inneren Politik. Für mich sind das alles Streitigkeiten deutscher politischer Parteien. Wenn die Nationalisten mich um die Erlaubnis bitten, eine Versammlung abzuhalten, so gebe ich sie ihnen, wenn dadurch die Sicherheit der Besatzungstruppen nicht beeinträchtigt wird. Ich gebe dieselbe Erlaubnis den Kommunisten und Separatisten unter denselben Bedingungen.“

Entspricht diese Äußerung den Tatsachen und deckt sie sich mit der Auffassung der französischen Regierung, so könnte man ihre Tragweite nicht übersehen. Allerdings hat die französische Regierung bisher der Separatistenbewegung jede erdenkliche Unterstützung zuteil werden lassen, so daß man in der französischen Politik einen grundlegenden Umschwung voraussehen müßte, wenn man den Worten Degoutties ein besonderes Gewicht beilegen soll.

Zur Währungsfrage.

Berliner Blätter berichten in ihrer Sonnabend-Morgenausgabe von einem Empfang der Gewerkschaften beim Reichsfinanzminister, der ihnen seine Absichten über die Währungsfrage mitgeteilt habe. Die Bundesvorstände des ADGB und des IFA-Bundes legen demgegenüber Wert darauf, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß eine solche Unterredung mit dem Reichsfinanzminister in diesen Tagen nicht stattgefunden hat. Insbesondere ist der neue Währungsplan der Regierung den Gewerkschaften noch nicht unterbreitet worden, so daß die Gewerkschaften auch noch keine Stellung dazu nehmen konnten.

Pallenberg und Hofmannsthal.

Dejilling-Theater: „Der Unbestechliche“, Lustspiel in 5 Akten.

Ein entzückender erster Akt. Alles geht so munter und sicher durcheinander, daß man glaubt, Hugo Hofmannsthal habe wirklich das schöne, frühlings Lustspiel geschrieben, nach dem wir uns in dieser traurigen Zeit alle sehnen. Doch es ist nur eine Täuschung. Vier Akte der Komödie sind recht langweilig, altertümlich und auch arm an Erfindung.

Oesterreichische Aristokraten auf dem Bunde. Hauptakteur einer von jenen weichen Lebemannern, die am besten Arthur Schnitzler zu zeichnen versteht. Der Mann wird durch zwei Freundinnen beunruhigt, aber er läßt beide sitzen, um sich seiner sehr entzückenden Gattin zuzuwenden. Daneben eine alte Baronin, die durch Temperament, Formenlosigkeit und Schlaueit gewinnt. Endlich die Hauptperson des Stückes, der Graf Theodor, der böhmische, slowakische, kroatische die Welt auf den Kopf stellt. Der Graf ist ein besonderer Heulunge und Tartuffe, ein Intrigant von großartiger Schmalzigkeit, eine künstliche Kreatur des Verborgenen und Aufgedonnerten, ein Aristokratendiener, wie er nicht immer im Buche steht. Dieser angenehme Hochstapler des Moralischen und Unmoralischen wird der liebe Gott des Stückes, er renkt alles aus und ein und sorgt dafür, daß am Ende der von seinen Abenteuern turlurierte Gatte in des rechtmäßigen Schatzkammers hineinschlüpfet. Natürlich sorgt er auch dafür, daß er in seiner Kammer nicht allein bleibt.

Das Stück steht und fällt mit Max Pallenberg. Es verfällt jedesmal, wenn Pallenberg nicht auf der Bühne steht. Trotzdem merkt man überall die hübschen Einfälle des Lustspieldichters und seinen Fleiß im Aneinanderreihen der Gespräche. Nur ist Hofmannsthal allzu spielerisch, allzu sehr abhängig von vielen Vorbildern seiner Heimat. Es liegt auch wenig Grund vor, die kleinen Lorbeeren der Welt, in der er sich als Komödiendichter allein auszukennen scheint, mit so viel Behaglichkeit zu zerpuffen.

Pallenberg ist großartig. Er geht mit geknickten Beinen und plattfüßig, seine Hosen sind wie der Blasebalg einer Handorgel zusammengeknüllt. Sein Kopf ist kugelig, sein Mund ist süßlich aufgequollen, seine Lippen sind stets salbungsvoll gemüßet, seine Hände sind fettig und klöbig. Er schmiert und schnarrt mit der Stimme, er trällert und raunt, er läufelt und frömmelt, er ist ein Erzschelm, trotzdem postoral und majestätisch in seiner Borniertheit, in seiner Frechheit, in seiner zum Ueberersten gesteigerten Hanswurstigkeit. Und dabei dieser besondere Pallenberg-Dialekt, den wahrscheinlich der Komödiant selber in das Lustspiel hineingepfuscht hat. Pallenberg hat einige ganz großartige Momente. Er verstockt dann wieder wie alle Darsteller, die nur mit der genialen Piffigkeit arbeiten.

Aber es ist das Gute an ihm, daß die besten und stärksten seiner Verzerrungen und komischen Wirkungen länger im Gedächtnis bleiben als sein Ermüden und leeres Gepolter. Max Hochdorf.

Das Intime Theater.

Mit der Literatur geht es nun endgültig bergab. Das kann nicht länger verschwiegen werden. Den Hunger nach Kunst, der raschenden Reizwölbe, die früher zwei große Theater mit Hingabe betrieben, stillt jetzt das Intime Theater, das Bühnengas in der Bülowstraße, das auf den Namen „Kunsttempel“ berechtigten Anspruch hat. Höchstens 300 Plätze hat es und lebt doch. Das ist eine Kunst in unserer Zeit der wirtschaftlichen Not. Die drei neuen Einakter, mit denen das Intime Theater seine Saison eröffnete, halten nicht, was sein Name verspricht. Sie sind ein schaler Erfolg für die prädelnde Literatur des Gewagten, sie wollen sich außerhalb der Zeitmoral stellen und sind in Wahrheit spielerisch. Wir haben nichts gegen ein liebenswürdiges Stück, das mit den herrschenden Moralbegriffen Fangball spielt. Aber es muß auch lustig und scharf sein. „Die kleine Komödie“, „Abendbesuch“ und „Die t. u. l. Hose“ haben nur das schwüle Inventar der Cochonnerie, das Bett, das leidensbestrumpfte Bein und die Unterhose, aber es wird nicht ausgenutzt. Das Inventar allein kann nicht die übermüdete Stimmung schaffen. Es sind launige Ideen, aber der Autor hat Angst vor der prädelnden Ausführung. Säule des Unternehmens ist der Direktor Gustav Heppner, der den erfahrenen Lebemann spielt. Er ist ein Original, bleibt aber auch in den Anfängen stecken, will blaskiert sein und ist müde, will blaskiert sprechen und spricht schludrig. Eine zweite Säule ist Hilde Auen, die die Rollen des süßen, kleinen Mädels gibt. Das macht sie ohne Theater, unaufdringlich, herzlich; sie ist eine Künstlerin und verdient in besseren Stücken beschäftigt zu werden. Die Premiere war ganz ulkig, aber sie war nicht Fisch und nicht Fleisch. Mit der Literatur geht es bergab.

Die Volksbühne „Norden“ eröffnete ihr neues Spieljahr mit Shakespeares „Was ihr wollt“. Die kleine Bühne hat mit manchen Widerwärtigkeiten zu kämpfen, die nicht nur in dem Zahlenrückgang der heutigen Zeit zu suchen sind. Sie spielt in einem Konzerthaus in der Breiten Straße in Pantofel und hat leider einen wenig entgegenkommenden Wirt gefunden. Um so mehr ist die Leistung und das Bestreben anzuerkennen, dem Volke zu billigen Preisen edle Kunst zu bieten. Jede Vorstellung, die hier zustande kommt, ist unter den schweren Verhältnissen, die man berücksichtigen muß, eine Tat. — Die Volksbühne „Norden“ hat das Lustspiel Shakespeares nicht verstümmelt, um es spielen zu können. Alle 20 Bilder wurden in der vom Dichter angegebenen Reihenfolge gespielt. Dieses Kunststück wurde ermöglicht durch eine „Linealkonstruktion“, die in perspektivischer Kunstform gearbeitet, mit wenigen Strichen den Schauspiel des Stückes andeutet. So konnten Veranordnungen bei offener Szene vorgenommen werden. Seinweg deutete durch Länge, die die einzelnen Bilder verbunden, den weiteren Fortgang der Handlung an. Ein Schüler Bufonis, Ernst Schöen, hat eine eigene Musik ge-

schrieben, die ganz auf die Handlung eingestellt ist. Dekoration, Tanz und Musik sind die besonderen Mittel, mit denen Otto Kirchner die schwere Aufgabe, dieses Stück im Geiste Shakespeares ohne gewaltsame Änderungen auf einer kleinen und mit beschränkten Mitteln arbeitenden Bühne zu spielen, bewältigte. Es wurde flott gespielt. Gustav Adolf Henckels löste als Junker Tobias wahre Wunderspiele aus. Alexander Kardan war als Junker Andros von Weichenberg ein ebenbürtiger Gegenspieler. Rosa Weidlich spielte die Silvia mit vielem Verständnis. Dagegen wurde der Herzog von Ungrien von Oskar Ingenevich recht kühl dargestellt. Alles in allem war das erste Spiel des neuen Arbeitsjahres der Volksbühne „Norden“ ein vielversprechender Auftakt. W. M.

Tiere und Erdbeben. Ueber das Verhalten der Tiere bei Erdbeben veröffentlicht gerade jetzt Hans von Hentig eine Schrift. Er hat eine Menge alter Chroniken, wissenschaftlicher Arbeiten und sonstiger Nachrichten daraufhin durchnudert, die von Hundern, Katzen, Pferden, Elefanten, Krokodilen, Schlangen, Wögeln usw. erzählen. Im allgemeinen ist das Verhalten der Tiere das gleiche, sie zeigen große Unruhe und Angst. Mehrfach benehmen sie sich ganz sinnlos, hüher laufen in einen Fluß, aber der Mensch macht es bekanntlich vielfach nicht besser. Fische sind die einzigen Tiere, die bei einem Erdbeben direkt sterben, ob aus Angst, ob infolge von Zerstörung einzelner Organe durch die Erschütterung, steht noch dahin. Schweine sollen mehrfach das Bedorsten eines Erdbebens schon zehn Tage vorher angezeigt haben, als die feinsten seismographischen Apparate noch nichts merken ließen. Das wäre eine merkwürdige Feinfühligkeit, die man noch zu erklären hätte, aber wer will sagen, daß die Unruhe, in die ein Schwein verfällt, wirklich auf ein bevorstehendes Erdbeben deutet, oder ob sie nicht vielleicht eine ganz andere Ursache hat? Hentig scheint über dies Thema noch eine weitere aufklärende Arbeit vorzubereiten und mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Reibung großer Erdmassen in der Tiefe Elektrizität erzeuge, die gewisse Organe der Tiere, Lunge, Herz, auch die innere Sekretion beeinflusse. Man könnte dann daran denken, daß es möglicherweise auch Menschen gäbe, die sich zum Vorhersagen von Erdbeben eignen, wie manche eine besondere Sensibilität mit der Wünschelrute behaupten.

Rückkehr eines dänischen Grönlandsforschers. Nach einer dreijährigen beschwerlichen Forschungsreise ist der dänische Magister Baug Koch nach Kopenhagen zurückgekehrt. Er hat den nördlichen Teil Grönlands genau durchforscht, viertausend Versteinerungen von großem geologischen Interesse mitgebracht und die größte und längste Schlittenfahrt in der Geschichte der Grönlandsforschung ausgeführt. Von der Bevölkerung wurde ihm ein außerordentlich herzlicher Empfang bereitet.

Erkaufungen der Woche. Mittheilung: Neues Operntheater „Die Siegerin“. — Donn: Große Volksoper „Schneeflöchen“. — Montag: Schloßparktheater „Der Strom“.

Das Grapische Kabinett J. B. Neumann, Antikendamm 232, zeigt in der letzten erweiterten Herbstausstellung Stadtbl. von Sopa, Diarocroig, Daumier, Savanni, Corot, Leibl, Liebermann, Coriatz, Slevogt, Ruck, Redon, Beckmann, Paula Modersohn und Kollé.

Gewerkschaftsbewegung

Ein sonderbarer Demobilisierungskommissar.

Zum Konflikt in der Herrenmaßebranche.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes schreibt uns:

Am 1. September d. J. wurde vor dem Schlichtungsausschuss Berlins für die Herrenmaßebranche ein Schiedsspruch gefällt, der für die Woche vom 9. bis 15. September einen Stundenlohn von 3 150 000 M. vorsah. Diesen Schiedsspruch haben die Arbeitgeber abgelehnt. Wir untererleits haben die Verbindlichkeitsklärung beim Demobilisierungskommissar beantragt. Herr Regierungsrat Möllendorf, als Vertreter des „Demo“, hat die Verhandlungen am 20. September abgebrochen, und zwar hatte sich folgendes ereignet:

Der 2. Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Lange, in Firma Rump u. Lange, Leipziger Str. 113, erklärte, daß sie rückwirkend überhaupt keine Löhne bewilligen können und sie kein Geld haben, die in Frage kommenden Löhne zu zahlen. Sollte der Vertreter des Demobilisierungskommissars den Spruch für verbindlich erklären, dann erklären sie, daß sie sich in jedem einzelnen Falle verweigern lassen würden.

Dies ist nach unserer Auffassung eine Provokation der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen, wie sie trafter nicht ausgesprochen werden kann. Herr Lange insbesondere hat bei den bisherigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss und Demobilisierungskommissar immer den reaktionären Scharfmachergeist hervorgekehrt. Wir haben untererleits den Demobilisierungskommissar, in diesem Falle Herrn Regierungsrat Möllendorf, auf die ihm obliegenden Pflichten aufmerksam gemacht. Insbesondere betonen wir, daß wir nicht mehr und nicht weniger verlangen, als daß die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums auch von dem Herrn Demobilisierungskommissar anerkannt und zur Durchführung gebracht werden, und daß er als Vertreter des Demobilisierungskommissars den Arbeitgebern gegenüber einmal ein Wort zu sprechen soll. Wir müssen in diesem Falle die Verbindlichkeitsklärung verlangen und denken nicht daran, ein Jota vom Schiedsspruch abzugeben. Hierauf verbot sich Herr Regierungsrat Möllendorf diesen Ton und drohte mit Abbruch der Verhandlungen. Wir erklärten, daß wir uns auch durch eine solche Erklärung des Herrn Regierungsrats nicht abschrecken lassen, und daß wir sagen, was wir im Interesse unserer Mitglieder für notwendig erachten. Darauf erfolgte der Abbruch der Verhandlungen. Also müssen die Berliner Herrenmaßebranche mit Hilfe des Herrn Regierungsrats Möllendorf weiter hungern. Sie sollen nach keiner Auffassung nicht in die Lage versetzt werden, einigermaßen menschenwürdige Löhne zu erhalten. Wir fragen: „Was ist das für eine Einstellung des Vertreters des Demobilisierungskommissars? Ist es nicht höchste Zeit, daß von den in Frage kommenden Behörden diese Stelle darauf aufmerksam gemacht wird, was ihre Pflicht ist?“ Wir fragen weiter: „Was sagt der Herr Minister für Handel und Gewerbe dazu und was der Herr Reichsarbeitsminister?“

Nachricht der Redaktion: Diese Mitteilung der Berliner Ortsverwaltung des Bekleidungsarbeiterverbandes enthält gegen den stellvertretenden Demobilisierungskommissar Möllendorf eine so schwere Anklage, daß dessen vorgelegte Behörde diesen Fall sofort zu untersuchen verpflichtet ist. Es geht nicht an, daß nachgeordnete Regierungsstellen entgegen den Anordnungen der Regierung handeln. Was die Stellungnahme des Vertreters der Arbeitgeber betrifft, so ist kein Wort der Kritik darüber zu schärfen. Am 19. September war der Reichsindex der Lebenshaltungskosten 14 244 900. 1914 betrug der tarifliche Spitzenlohn in der Berliner Herrenmaßebranche 70 Pf. die Stunde. Der Stundenlohn der Herrenmaßebranche hätte also, um den Friedenslohn zu erreichen, 9 971 000 M. betragen müssen. Am 20. September erklärt der Vertreter der Unternehmer, für die in Frage kommende Woche 3 150 000 Mark, also 31,5 Proz. des Friedenslohnes, nicht zahlen zu wollen!

Faschistenmanieren.

Die „rote Fahne“, die den Kampf gegen den Kapitalismus führt, indem sie sich mit den Märdern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verbrüderd und gegen die Arbeiterorganisationen und deren Vertreter im Rahmen der Faschistenmanieren, hat sich nun auch faschistische Manieren zugelegt. So schreibt sie in ihrer heutigen Ausgabe:

„Wir erklären deshalb die Gewerkschaftsredaktion des „Vorwärts“ als eine zusammengelaufene Gesellschaft läugerischer Subjekte, die es verdient, von christlichen sozialdemokratischen Arbeitern geohrfeigt zu werden.“

Für die rüben Anrempelungen des von Moskau ausgehenden Blattes haben wir nur Berachtung. Seine Drohungen und Hegeereien lassen uns kalt. Wenn diese Art der Polemik aber die „geistige“ Nahrung ist, die man den bedauernswerten Lesern der Berliner „Browda“ vorsetzt, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Anhänger Moskaus diese Maßschläge praktisch anzuwenden versuchen.

Zur Sache selbst sei folgendes bemerkt: Die KPD hat einen systematischen Feldzug zur Zerstörung der Gewerkschaften organisiert. Der „Vorwärts“ hat darüber die Dokumente veröffentlicht, die die „rote Fahne“ zu widerlegen nicht imstande war. Sie hat auch nicht den Versuch dazu gemacht. Nun soll ein Flugblatt, das den Zweck der von der KPD organisierten Kampagne offen ausspricht, von der „kommunistischen Arbeiterjugend“ herrühren, die nicht der KPD, sondern der KAPD, angehängt ist.

Die Mitteilung von diesem Flugblatt ging uns von durchaus zuverlässiger gewerkschaftlicher Seite zu. Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob hier nicht eine Verwechslung vorliegt. Diese Verwechslung erscheint uns durchaus möglich. Und zwar deshalb, weil unsere Moskowiter ihre wahren Absichten nie offen aussprechen, sondern nach Anordnung von Lenin mit der Verheimlichung der Wahrheit erwidern. Die Empörung der „roten Fahne“ mag wohl darauf zurückzuführen sein, weil sie vermutet, daß wir ihr im Lügen Konkurrenz machen wollten. Sie mag sich beruhigen. Dieses Privileg überlassen wir ihr unangefochten.

Die Lügen der „Roten Fahne“.

Auf ausdrücklichen Wunsch unserer Genossen der Firma Merkur, Flugzeugbau, veröffentlichen wir folgende, in einer Fraktionssammlung einstimmig angenommene Resolution. Es ist uns natürlich nicht möglich, alle in den Beschlüssen angenommenen Entschlüsse gegen die gemeingefährliche und arbeiterschädigende Hege der KPD zu veröffentlichen. Wir machen in diesem Falle nur deshalb eine Ausnahme, weil es sich um zwei persönlich angegriffene Genossen handelt. Die Entschlüsse lauten:

„Die Versammlung der Merkur-Besetzler, Flugzeugbau, erhebt entschieden Einspruch gegen die Lügen der „Roten Fahne“ vom 1. September, daß die KPD-Fraktion Streikbrecherkolonnen formiert habe. Sie erklärt, daß das Abstimmungsergebnis keine erforderliche, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen notwendige Mehrheit für die Weiterführung des Streiks ergeben hat und auch nicht mehr gewillt war, den Moskauer Parolen durch wilde Streiks Folge zu leisten.“

Die Versammlung lehnt es entschieden ab, mit politischen Rindsköpfen gemeinsame Sache zu machen, die öffentlich in Betriebe am 10. August zum Diebstahl und zur Bewaffnung auffordern.

Sie bedauert jene Verrohung, die heute leider einen Teil unter der Arbeiterschaft ergriffen hat, die Telephonzentralen im Betriebe zu besetzen, militärische Formationen zu bilden, sich mit Minimag und Wassererschlauch zu bewaffnen, um einem Ueberfall der Schupo zu begegnen, um dadurch die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Die Anwendung solcher Mittel ist nicht revolutionär, sondern dienen nur der Reaktion.

Die Versammlung erklärt, daß die Kollegen Reinert und Ulrich ihre volle Schultigkeit im gewerkschaftlichen Interesse getan haben, indem sie sich mit ihrer ganzen Kraft einsetzten, in korrektester Weise ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllt haben, und sprechen den beiden Kollegen das volle Vertrauen aus.“

Zur deutschen Arbeiterzentrale.

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben: „Am Abend „Vorwärts“ vom 20. September 1923 wird eine Eingabe der Landesstelle Essen der Deutschen Arbeiterzentrale erwähnt. Im letzten Absatz derselben wird die Befestigung des Vorstandes und Ausschusses der Deutschen Arbeiterzentrale und ihr Erfolg durch republikanisch denkende Personen verlangt. Das letzte ist bereits zum Teil erfolgt. Beide Körperschaften bestehen paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer sind Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften.“

Es wird Aufgabe der Vertreter der Arbeitnehmer sein, die geschädigten Schwerkranken in der Zentrale zu überwinden. Teilweise ist dies mit Erfolg geschehen. Die vorhanden gemessene Not ist allerdings nicht durch Staatshilfe, sondern aus eigener Kraft beseitigt. Die Beamten haben ihre rückständigen Gehälter erhalten.“

Eine gründliche Reform wird durchgeführt werden. Man veresse aber nicht, daß die Arbeitnehmervertreter ein Gebäude nicht sofort vollständig umbauen können, dessen Verwaltung jahrzehntelang lediglich in Händen von Leuten lag, die landwirtschaftlichen Arbeitgeberkreisen nahestanden.“

Differenzen in der Säb-, Bad- und Teigwarenindustrie.

Essentielle Differenzen haben sich in den beiden letzten Wochen in obiger Industrie entwickelt. Der Zentralausschuss hatte eine Kommission eingesetzt, die bis zum Anfang der Vorwoche den Index auf die bestehenden Löhne aufstellte. In der vorigen Woche hat der Arbeitgeberbund statt des Index von 174 Proz. nur 160 Proz. ausbezahlt. Auf Protest des Zentralverbandes der Säber und Konditoren ist am Donnerstag die Kommission des Zentralausschusses in Berlin erneut zusammgetreten. Nach langen Verhandlungen haben die Arbeitgeber als Ausgleich für die 24 Proz. zu wenig gezahlter Indexbezahlung nur 10 Proz. bewilligen wollen und auch den letzten Index von 162 Proz. nur mit 150 Proz. abstellen wollen. Das ist von den Vertretern der Arbeitnehmer abgelehnt worden, wodurch die Verhandlungen gescheitert sind. Die Organisation will nunmehr, weil das vereinbarte Tarifamt nicht in Existenz getreten ist, den staatlichen Schlichtungsausschuss zur Entscheidung anrufen.“

Der New Yorker Buchdruckerkrieg ist am Donnerstag zusammengebrochen. Die Zeitungen konnten am Donnerstag wieder in beschränktem Umfang erscheinen.“

Wirtschaft

Die Neuorganisation des Staatsbergbaus.

Vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe Siering.

Das vom Preussischen Landtag am 16. d. M. verabschiedete Gesetz betreffend die Uebertragung der Verwaltung und Ausübung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Aktiengesellschaft ist eines der wichtigsten Gesetze, die der Landtag seit längerer Zeit in wirtschaftlicher Beziehung zu erlassen hatte. Der gesamte staatliche Besitz an Berg- und Hüttenbetrieben mit etwa 60 000 Beamten und Arbeitern wird zum Zwecke der Steigerung der Erträge aus der staatlichen Verwaltung herausgenommen und einer Aktiengesellschaft auf 100 Jahre übertragen. Schon bei früheren Beratungen des Berggesetzes wurde von allen Parteien die bisherige Betriebsform der Bergwerke bemängelt. Der bürokratische Apparat bedingte eine Schwerfälligkeit der Verwaltung, die jede frische Initiative befähigter Betriebsleiter hinderte und nicht einmal eine klare Uebersicht über die wirtschaftlichen Ergebnisse der gesamten Staatsbetriebe ermöglichte. Troh dem die staatlichen Berg- und Hüttenwerke über zahlreiche tüchtige und sehr gut ausgebildete Beamte verfügen, erschwerte die lamaralistische Buchführung und der weite Instanzenweg der bürokratischen Betriebsform die restlose und schnelle Aus-

nutzung günstiger Konjunktoren. Das mußte grundlegend geändert werden. Darum wurde für die Umstellung die Form der Aktiengesellschaft gewählt. Mit ihr soll vor allen Dingen kaufmännischer Geist

in die Verwaltung hineinkommen. Aber nicht allein durch das Abstreifen bürokratischer Fesseln, sondern auch mit Hilfe organisatorischer Änderungen durch eine bessere Zusammenfassung der einzelnen Betriebe wird eine größere Wirtschaftlichkeit des gesamten Staatsbesitzes angestrebt. Die gegenwärtig noch unabhängig voneinander betriebenen Gruben und Hütten, die Stein- und Braunkohlengruben, die Kalk- und Kalkgruben, die Erzgruben und Hütten, die Bernsteinwerke und Eisenhütten müssen besser aufeinander eingestellt und in wirtschaftliche Beziehungen zueinander gebracht werden, um auf diese Weise einem gemeinsamen Zwecke besser dienen zu können. Während der einzelne Betriebsleiter die Möglichkeit einer größeren Initiative und Aktivität erhält, soll der Gesamtbesitz durch eine organische und zentralisierte Zusammenfassung zu

höchster produktiver Gesamtleistung

entwickelt werden.

Man kann wohl mit ziemlicher Gewißheit erwarten, daß die Umstellung der Bergwerke in die neue Betriebsform die erhoffte wesentliche Verbesserung der Betriebsergebnisse zeitigen wird. Die außerordentlich gründlichen Vorarbeiten unter Beteiligung von Sachverständigen aller Wirtschaftskreise, insbesondere auch von Vertretern der interessierten Arbeitgeber, Arbeiter und Beamten haben ein Ergebnis gezeigt, das die Zustimmung fast aller Parteien des Landtages fand.

Das neue Gesetz wird wahrscheinlich in dieser Hinsicht wegweisend sein. Es leitet ein Experiment großen Stils ein. Durch die Uebertragung der Verwaltung der Bergwerke an eine Aktiengesellschaft ohne Uebertragung des Besitzes an das Privatkapital wird der Versuch unternommen, staatliche Betriebsverwaltungen privatrechtlichen Unternehmungen in der Betriebsform anzugleichen.

Der Staatsbesitz soll ungehämmert erhalten bleiben.

Die Betriebsergebnisse jedoch gesteigert werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß eine Veräußerung des Aktienbesitzes nur mit Zustimmung des Landtages stattfinden kann. Die von linksradikaler Seite geäußerten Befürchtungen, daß die Uebertragung der Werke an eine Aktiengesellschaft nur die Uebertragung an das Privatkapital einleite, ist völlig gegenstandslos. Die Uebertragung des Staates als alleiniger Aktionär erfolgt durch den preussischen Handels- und Finanzminister zu gleichen Teilen. Der Ausschussrat wird zur Mehrheit aus Vertretern der Regierung gebildet werden. Ferner wird der Landtag 5 Abgeordnete präsentieren und die Minister werden einige Vertreter des Wirtschaftslebens neben den gesetzlich vorgeschriebenen Vertretern der Arbeitnehmer berufen.

Ein gegenwärtig besonders aktueller Teil des Gesetzes, der das Interesse der Allgemeinheit in besonderer Maße in Anspruch nehmen dürfte, betrifft die Regelung der Beamtenfragen. Es ist selbstverständlich, daß die gegenwärtig noch im Beamtenverhältnis stehenden Mitarbeiter der Werke in ein auf Privatdienstvertrag gestelltes Arbeitsverhältnis übergeführt werden müssen. Da die Beamten mit Recht ihre höherwertigen Rechte nicht aufgeben wollten, war es außerordentlich schwierig, eine allseitig befriedigende Regelung zu finden. Die im Gesetz getroffene Regelung dürfte daher, da sie die Zustimmung aller Beteiligten gefunden hat, für die eventuelle Ueberführung größerer Beamtenkategorien aus anderen staatlichen, reichseigenen oder städtischen Betrieben als geeignetes Vorbild dienen. Es ist im wesentlichen vorgesehen worden, daß alle geeigneten Beamten von der Aktiengesellschaft übernommen werden. Die übernommenen Beamten scheiden nach 5 Jahren aus dem Staatsdienst aus, wenn sie nicht vorher ihren Rücktritt in den Staatsdienst erklärt haben.

Somit dürfte das Gesetz über die Umstellung der Berg- und Hüttenbetriebe, mit dem zusammen überdies auch ein gleichartiges Gesetz über die Umstellung der bedeutenden staatlichen Elektrizitätsanlagen erlidigt wurde, einen neuen, bedeutungsvollen Abschnitt in der Entwicklung staatlicher Produktionsbetriebe einleiten.

Preisermäßigung für Koll. Die Sachverständigenkommission des Reichskalkrats beichloß, nachdem die Antipreise in der letzten Zeit täglich mit dem Dollarkurs erhöht worden sind, eine Ermäßigung der Kalklandpreise mit Wirkung vom 21. September um 80,66 Proz. mit Rücksicht auf den gestunkenen Dollarkurs.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis, Hildesberg. Unserem unverwundlichen Bibliothekar Genossen Emil Richter und seiner treuen Lebensgefährtin zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche mit dem besonderen Wunsche, daß seine Arbeit noch lange unserer Partei erhalten bleibt.

Jugendveranstaltungen.

Verbegegnet Neulän. Heute abend 7 Uhr im Heim Schleierstr. 44 Verbegegnet. Jungmännerführung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Anzeige der Münchener-Gladbacher Solenzentrale, Schöneberg, Goltzstr. 7, in Nr. 442, bezieht auf einen Irrtum. Die angegebenen Preise sind nicht mehr maßgebend.

Generalmittel für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freileben: Dr. John Schimanski; Soziale und Sonstige: Felix Bernheim; Anzeigen: H. Glöck; Gemischt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Millionen sparen Sie
bei ERICH SCHULZ
Neukölln, Koll.-Friedr.-Str. 22a
an der Weichensir.
Für den Winter: Strumpwaren, Kindertrikots, Trikotsagen, Kindersweaters, Wollwaren, Damen-Schleier, Wolle, Nähseam.

Nicht kaufen bei uns,
bevor Sie sich nicht in anderen Geschäften über die Preise in
Bettwäsche
erkundigt haben, damit Sie sich u. unserer Preiswürdigkeit überzeugen können.
Wir führen nur erstklassige Qualitäten Bettbezüge, Kissen, Handtücher, Tischdecken, Kissen, Hochleinen, Wäsche, Hemden, Socken, Strümpfe, Bettdecken, Bettdecken usw.
Reelle, sachmännliche und zuverlässigste Bedienung.
Kühl & Nupferberg, Bettwäschefabrik
Invalidenstr. 6, Ecke Bergstraße
(Nähe Stettiner Bahnhof)
Bitte genau auf Hausnummer achten.

Von unten auf
Ein neues Buch der Freiheit
Gesammelt und gestaltet von Franz Wiedersch
Aus dieser umfassenden Sammlung sozialer Dokumente wird dem proletarischen Kampfe um Leben u. Kraft um Aufklärung, Einheitsrecht, Sozialismus, das auch selbst Vortragende bei Versammlungen benutzen sollte.
Schön in Halbklein geb.
Preis-Grundzahl M. 3.—
Buchhandlung Vorwärts
Berlin S.W. 68, Lindenstr. 2

Hosen
Große Auswahl in
Englisch Lederhosen
Arbeitshosen
Strellhosen
Feldgraue Hosen
Eleg. Umschlagnosen
Stoff-Breeches
Manchester-Breeches
Flasensatz-Hosen
München-Gladbacher
Hosen-Zentrale
Schöneberg, Goltzstr. 7
Achten Sie genau auf Goltzstraße und Hausnummer
Fahrgeldvergütung



Marken-Zigaretten
Tabak u. Zigarren Garbay, Halpaus
Constantin, Karmity
Avramikos, Murart, u. ab und Taggepe
Arno Geßner, Großhandl.
Wertritt. 21. Teleph. Moabit 2114

BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.

Bettstellen
Sonnig, hell, geräumig, mit elektrischer Beleuchtung, Bad, Kamin, Friseur, etc. etc. etc.
In Privat zu vermieten. Preis u. Beding. nach Absprache.
Eisenmühlengasse 10 (Hilfensstr.)

VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Schönebergstr. 7 — Platzburg 5140
Seifen gut und billig
Seifenfabr. Dirksenstr. 20, Hl. Alexanderplatz
Arbeitsnachweisgesetz
mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER
Oberregierungsrat und
Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitvermittlung
W. DONAU
Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitvermittlung
Ein unverzichtbares Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. 4 J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3.25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2